

Forum Beginn der 52. Legislatur

Neue Köpfe kommen, alte Dossiers bleiben

Der Start in die neue Legislatur ist harmonisch verlaufen. Doch es warten nebst der Bundesratswahl einige Knacknüsse auf das neue Parlament.

Von Hannes Germann*

Die neue Legislatur 2023–2027 ist erst einige wenige Tage jung. Bei uns im Ständerat kommen zu den 33 bisherigen immerhin 13 neue Ständesvertreter. Unter anderem ist mein neuer Kollege Simon Stocker vereidigt worden. Ich wünsche ihm auch an dieser Stelle einen guten Start. Er ersetzt Thomas Minder, dem ich für die zwölf Jahre gemeinsamer bürgerlicher Ständesvertretung danke. Ganz so bürgerlich wird es wohl kaum werden (können), aber hoffentlich trotzdem erfolgreich. Statt in den Bundesrat ist Eva Herzog (SP/BS) einstimmig zur Ständeratspräsidentin gewählt worden. Gestern ist sie in einer gemeinsamen Feier mit dem Nationalratspräsidenten Eric Nussbaumer (SP/BL) gebührend gefeiert worden.

Für Sentimentalitäten bleibt in der stürmischen Anfangsphase ansonsten nicht viel Zeit übrig. Als Chef der Ständeratsgruppe V (SVP) ging es zunächst um die Sitzverteilung. Das ist jeweils eine heikle Angelegenheit. Wer darf neben wem – oder muss neben wem sitzen? Erinnerungen an die Schulzeit werden jeweils wach. Das Beruhigende dabei ist, dass es für jeden und jede einen Sitz hat. Wobei die ehemaligen Präsidenten ein Privileg und die Bisherigen ein Wahlrecht haben. Und so sind wir jetzt meinem Willen entsprechend harmonisch in die (räumliche) Mitte des Ständerates eingebettet.

Parallel dazu läuft der Kampf um die vermeintlich besten Kommissionen. Wer darf wo Einsitz nehmen? Diese Frage ist nicht ganz unwichtig, zumal viele Entscheide und politische Weichenstellungen in den ständigen Sachbereichskommissionen vorgespurt werden. Nicht alle Wünsche können erfüllt werden. Mein Ziel besteht unter anderem darin, die beiden schwergewichtigen Kommissionen, jene für Wirtschaft und Abgaben (WAK) sowie jene für Soziales und Gesundheit (SGK) zu behalten. Aber eben, am Schluss muss es für alle irgendwie stimmen.

Stark beschäftigt hat mich auch die Integration des neuen Genfer Ständerates Mauro Poggia vom MCG. Verschiedene Vorgespräche, Telefonate und eine Anhörung in unserer Ständeratsgruppe haben schliesslich zu einer einstimmigen Empfehlung für eine



Aufnahme geführt. Dass die Fraktion unserem Entscheid am Dienstagabend folgen würde, war alles andere als selbstverständlich, zumal bei den Nationalräten einige Vorbehalte vorhanden waren. Inhaltliche und andere Gründe, wie auch immer: Die Westschweizer Medien haben das treffend als «Genferien» bezeichnet.

Poggias definitive Aufnahme in die SVP-Fraktion verbuche ich als persönlichen diplomatischen Erfolg. Er verschafft uns im Ständerat den gewünschten Spielraum bei der Kommissionszuteilung und der Besetzung von Präsidien. Für Mauro Poggia liegt der Vorteil ebenfalls auf der Hand. Er kann nun auch Einsitz in den Kommissionen nehmen und damit sein Mandat als vollwertiger Ständesvertreter ausüben. Ohne Fraktionszugehörigkeit hätte er sich nur in den offiziellen Ständeratssitzungen einbringen können, wäre aber ansonsten aussen vor geblieben.

Trotz der personellen Erneuerung der

Der Nationalratspräsident Eric Nussbaumer (Mitte-links) und die Ständeratspräsidentin Eva Herzog (Mitte-rechts) beim Empfang zu Ehren der neu besetzten Präsidien in Liestal. BILD KEY

«Wer darf neben wem – oder muss neben wem sitzen?»

Räte bleiben einige nach wie vor ungelöste «Altlasten» beharrlich auf der Traktandenliste. So befassen wir uns bereits nächste Woche zum x-ten Mal mit der angestrebten Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwerts. Ob der Systemwechsel dereinst gelingt, wird sich weisen.

Noch älter ist das Dossier «EFAS». Mit der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Spital- und Pflegeleistungen sollen heute bestehende Fehlreize beseitigt werden. Insofern ist der Einbezug der Pflege nichts als konsequent, auch wenn gewisse Krankenkassenvertreter Vorbehalte haben. Der Ständerat ist unserer SGK-Mehrheit gestern vollumfänglich gefolgt. Damit sind wir wenigstens hier auf der Zielgeraden.

Aber ich bleibe dabei: Es gibt viel zu tun in der Legislatur 2023–27. Gerne packe ich mit an.

* Hannes Germann (SVP) ist Schaffhauser Ständerat

Pressestimmen

Krieg in Gaza

AFTONBLADET

Nach dem Ende der Waffenruhe hat Israel eine neue gefährliche Phase im Gaza-Krieg eingeleitet. Die Bodenoffensive gegen die Hamas hat nun den Süden erreicht. Die Berichte von dort sind entsetzlich. Zwei Monate sind mittlerweile seit dem Angriff der Hamas mit über 1200 Toten vergangen, und Israel hat knallhart reagiert. So wurden seither rund 16000 Palästinenser getötet, darunter viele Frauen und Kinder. Der Krieg gegen die Hamas trifft vor allem Zivilisten. Allmählich verlieren auch Israels Freunde die Geduld. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu sollte auf seine engsten Partner hören. Mit seiner brutalen Strategie riskiert Israel, mehr neue Terroristen hervorzubringen als es bislang getötet hat. (Aftonbladet, Schweden)

KARAR.

Der Angriff der Hamas vom 7. Oktober eröffnete der israelischen Rechts die Gelegenheit, das Ziel zu erreichen, das sie jahrelang verfolgte: Den Gazastreifen wieder unter israelische Kontrolle zu bringen und die Palästinenser aus Gaza zu vertreiben. Es scheint nun so, als ob sich Israel durch nichts stoppen lässt. Die USA und die EU lassen das Land gewähren. Man muss befürchten, dass sie sogar eine ethnische Säuberung akzeptieren würden. (Karar, Türkei)

大公報

Laut Medienberichten hat Israel Wasserpumpen installiert, mit denen das riesige Netz unterirdischer Tunnel der Hamas im Gazastreifen mit Meerwasser geflutet werden soll. Da jedoch niemand das gesamte System im Detail kennt, ist nicht abzusehen, welche Konsequenzen dieser Plan haben könnte. So befürchten Umweltperten, dass durch das Fluten gefährliche Stoffe in das Grundwasser gelangen könnten und so die Wasserknappheit verschärft wird. Dies wäre eine weitere Zuspitzung der humanitären Katastrophe. (Takungpao, Hongkong)

LESERBRIEFE

Lieber Daniel Jositsch, sag JA!

Kennen Sie den Artikel 161 unserer Bundesverfassung? Nein? Er lautet so: Die Mitglieder der Bundesversammlung stimmen ohne Weisungen (Instruktionsverbot). Auch wenn der Strafrechtsprofessor aus Zürich nicht nominiert wurde von der SP-Fraktion, so ist er doch wählbar für die vereinigte Bundesversammlung, oder gerade deswegen! Nicht dass der Vorschlag mit Pult und Jans schlecht wäre, beide wären wahrscheinlich gute bis sogar sehr gute Bundesräte! Und Basel hätte es wahrlich verdient, nachdem die Bauernvertreter die doch eher harmlose Vertreterin anstelle der schnellen und schlauen Eva Herzog gewählt hat. Mit voller bössartiger Absicht! Aber: Es muss jetzt auch wieder mal Schluss sein mit dem Diktat der Parteien bei Bundesratswahlen! Immer wieder gab es gute Bundesräte wie zum Beispiel Willi Ritschard und viele andere. Auch wenn es nicht sein kann, dass die übervertretere Bauerlobby uns Bundesrätinnen diktiert; auch keine Fraktion oder Partei soll das tun! (Instruktionsverbot) Auch wenn er ein wenig eitel ist und seit der 1. Klasse mutmasslich in den Bundesrat will, traue ich Herrn Jositsch zu, ein gemässiger, kluger und umsichtiger Bundesrat zu sein. Und wahrlich, es gäbe genug zu tun! Und liebe SP, man/frau könnte auch ein wenig Grösse zeigen bei einer

Wahl von Jositsch; bei der Abwahl des Volktribuns Blocher haben wir uns schliesslich auch gefreut. Bin sehr gespannt auf den 13. Dezember. Sag JA, Daniel Jositsch!

Urs Tanner
Schaffhausen

Ein weiteres Trauerspiel in der Schaffhauser Politik

Dass manche einen klaren Volkswillen nicht akzeptieren wollen und diesen mit allen erdenklichen Mitteln ändern, abschwächen und torpedieren, ist seit der Transparenzinitiative bekannt, sodass es sogar Staatsrechtler bedenklich finden und die Justiz eingeschaltet werden muss. Aber dass der sogenannte Bürgerblock eine wahrscheinlich selbstverschuldete peinliche Wahlniederlage nicht akzeptieren kann und den strahlenden Wahlüberflieger Simon Stocker mit einer anonymen Stimmrechtsbeschwerde behelligt, ist mehr als ein Trauerspiel für die Demokratie. Wenn Personen, Politiker, wer auch immer sich hinter der Anonymität verstecken und nicht zu ihren Taten und Worten stehen, finde ich das mehr als verwerflich und abscheulich.

Christoph Heusi
Schaffhausen

Kommentar

Simon Stocker ist natürlich schaffhauserisch genug für den Ständerat

Kaum gewählt, wurde Stockers Sieg an der Urne schon wieder in Frage gestellt. Der Nachfolger von Minder habe seinen Lebensmittelpunkt eigentlich in Zürich – dort Wohnung, Ehefrau und Sohn. Damit sei er bereits im Anlauf gestrauchelt und taugte nicht als Vertreter des Ständes Schaffhausen in Bern. Die Regierung hat dieser Stimmrechtsbeschwerde am Dienstag eine dezidierte Abfuhr erteilt. Stocker sei seit Anfang 2022 als Einwohner in der Stadt gemeldet, hier stimmberechtigt und zahle nicht zuletzt auch Steuern in Schaffhausen. An seiner Wahl sei damit nichts auszusetzen. Es ist das Recht jedes Schaffhauser Stimmberechtigten, derlei Beschwerden einzureichen und überprüfen zu lassen. Tatsächlich sollten gerade Ständesvertreter mehr als eine flüchtige Bekanntheit mit ihrem Kanton haben und damit dessen Interessen gut informiert vertreten können. Insofern unterscheidet sich das Amt des Ständerats vom Nationalrat, dessen Mitglieder um das Wohl des ganzen Schweizer Volks besorgt sein sollten – das können Sie unter Umständen auch ohne eine starke geografische Bindung. Bei Stocker – der immerhin den grössten Teils seines Lebens in Schaffhausen verbracht hat – ist der lokale Bezug offenkundig ausreichend. Auch eine pedantische Auslegung des Gesetzes dürfte ihm seine grundsätzliche

Eignung für das Amt als Ständerat nicht absprechen können. Es scheint sich hier mehr um einen Versuch zu handeln, auf dem Gerichtsweg kleinkrämerisch einen Entscheid des Volks noch zu kippen.

Tobias Bolli
Redaktor Kanton
tobias.bolli@shn.ch

«Das Volk hat an Stockers Wohnung in Zürich offenbar wenig Anstoss genommen.»

Im Übrigen war genau die Frage der Verwurzelung in Schaffhausen bereits ein Thema während des Wahlkampfs. Offenbar hat das Volk aber wenig Anstoss daran genommen, dass Stocker in Zürich scheinbar mitunter eine Dreizimmerwohnung bewohnt. Analog haben Zürcher Stimmberechtigte über Vorwürfe hinweggesehen, die neue GLP-Ständerätin Tiana Moser sei lediglich eine «Teilzeit-Zürcherin» und darüber hinaus noch halb in Bern beheimatet. Das ist sie zumindest jetzt – genau wie Stocker und viele andere Ständeräte nach ihrer Wahl auch. Denn: Wer in Bern politisiert, hält sich meist in der Nähe von Bern auf, ganz gleich, welche starke Bande ihn oder sie

mit dem Heimatkanton verbinden. Daran ist freilich abzulesen, dass eine zeitlich ununterbrochene und möglichst grosse Nähe zum Heimatkanton nicht als Hauptkriterium dafür dienen kann, ob man es mit einem tauglichen oder weniger tauglichen Ständerat zu tun hat. Deswegen zählt auch niemand nach, wie viele Stunden und Minuten sich der zweite Ständerat, Hannes Germann, Jahr für Jahr in Schaffhausen aufhält. Neben dem Inhalt der Beschwerde lässt sich auch der Umgang der Beschwerdeführer mit der Öffentlichkeit kritisch betrachten. Diese haben sich ihr gegenüber nicht zu erkennen gegeben. Wer für die Beschwerde den Anstoss gegeben hat – ob es tatsächlich nur Schaffhauser Stimmberechtigte waren – lässt sich angesichts des beharrlichen Schweigens der beiden Herren nicht feststellen. Theoretisch könnten auch Politiker ausserhalb von Schaffhausen ihre Finger im Spiel haben oder sogar als Hintermänner die Fäden ziehen. Solche Spekulationen entbinden die Behörden nicht davon, ihre Pflicht zu tun und der Beschwerde mit gleicher gebotener Sorgfalt nachzugehen. Aber sie hinterlassen einen Beigeschmack, der sich mit einem selbstbewussten und transparenten Auftreten der Beschwerdeführer hätte vermeiden lassen.